

Zwei St. Galler Ärzte je 1,8 Millionen für

THOMAS SCHLITTLER

Die Gesundheitskommission des Ständerats diskutiert am Dienstag über die «Weiterentwicklung der IV». Auf dem Tapet kommen dabei auch medizinische Gutachten, aufgrund derer entschieden wird, ob eine Person arbeitsfähig ist oder nicht. «Diese Gutachten sind matchentscheidend bei der Frage, ob jemand Leistungen der IV erhält oder nicht», sagt der Zuger Versicherungsanwalt Rainer Deecke (39).

Die konsultierten Ärzte werden direkt von den IV-Stellen bezahlt. Behindertenverbände und Versicherungsanwälte monieren deshalb, viele Gutachter seien nicht unabhängig. Einer dieser Kritiker ist der St. Galler Anwalt Ronald Pedergnana (57): **«Gutachter, die im Sinne der IV ein Gutachten abfassen, kriegen wieder und massenhaft Aufträge. Andere werden nicht einmal berücksichtigt.»**

Als Beleg führen die Gegner der heutigen Gutachter-Praxis ins Feld, dass einzelne Mediziner auffallend häufig IV-Gutachten ausstellen dürfen. Gestützt auf das Öffentlichkeitsprinzip verlangten sie in verschiedenen Kantonen entsprechende Auswertungen.

Die aus Zürich gelieferten Zahlen sind besonders bemerkens-

Vergütungen der IV-Stelle Zürich

Statistique [Tarifcode] vs [Nif]	001 - TARMED Gesamtkosten					
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
38737	268'054	456'547	266'711	362'753	300'060	208'764
644924	19'256	185'793	248'694	315'857	372'843	681'191

Kostenzusammenstellung der IV-Stelle Zürich: Zwei Ärzte kassierten je 1,8 Mio. Fr. für IV-Gutachten.

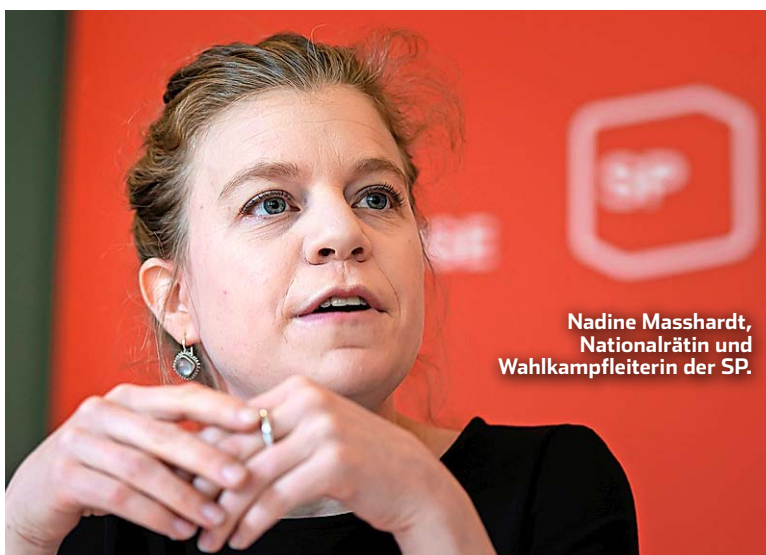
wert: Zwischen 2012 und 2017 erhielt etwa die St. Galler Ärztin C. S.* von der Sozialversicherungsanstalt (SVA) des Kantons Aufträge im Wert von 1,86 Millionen Franken. Ihr Berufskollege T. W.*, ebenfalls mit Sitz in St. Gallen, hatte bei der SVA Zürich im gleichen Zeitraum ein Auftragsvolumen von 1,82 Millionen Franken.

Besteht bei einer solchen Fülle von Aufträgen nicht die Gefahr, dass die begünstigten Ärzte von den IV-Stellen abhängig werden und ihre Gutachten in deren Sinne ausfallen – also eher streng?

Das zuständige Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) sieht das nicht so – und betont, dass die kantonalen IV-Stellen in den letzten Jahren grosse Anstrengungen unternommen hätten, um die Verteilung möglichst ausgewogen vorzunehmen. **BSV-Sprecher Harald Sohns: «Die IV-Stellen vergeben keine Aufträge an bestimmte Gutachter, weil diese die Arbeits- oder Erwerbsunfähigkeit strenger beurteilen. Das macht keinen Sinn, denn die Gutachten müssen bis vor das höchste Gericht Beweiskraft haben.»**

Behindertenverbände glauben nicht an die Unabhängigkeit von IV-Ärzten.

Anwalt Rainer Deecke widerspricht: «Die Gutachter erfüllen beinahe richterliche Funktionen.»



Nadine Masshardt, Nationalrätin und Wahlkampfleiterin der SP.

Nach dem Frauenstreik

Die Genossen giessen die Forderungen der Streikenden in zwei Volksbegehren – für Elternurlaub sowie Lohngleichheit.

Am Frauenstreik vom 14. Juni gingen Hunderttausende auf die Strasse. Die grösste Demonstration der jüngeren Schweizer Geschichte rückte die Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter ins Zentrum der politischen Debatte. Und dort sollen sie auch bleiben, wenn es nach der Linken geht: Die SP wird zwei Initiativen lancie-

ren, welche die Anliegen der Streikenden aufgreifen, wie Nationalrätin Nadine Masshardt (34, BE) gegenüber SonntagsBlick erklärt.

Das erste Volksbegehren fordert einen Mutter- und Vaterschaftsurlaub von je mindestens 14 Wochen plus zusätzlich zehn Wochen, welche die Eltern untereinander frei aufteilen können.

te kassierten r IV-Gutachten



Präsident von touché.ch, einer Patientenorganisation, die Menschen mit chronischen Schmerzen unterstützt, **fordert deshalb, dass IV-Ärzte in Zukunft in der ganzen Schweiz Rechenschaft über ihre Gutachten ablegen müssen.** «Es darf erwartet werden, dass nicht in der Dunkelkammer begutachtet wird.»

In einem Brief fordert er die Gesundheitskommission des Ständerats auf, dafür zu sorgen, dass die Daten zu den Resultaten der IV-Gutachten in Zukunft in der ganzen Schweiz transparent erhoben werden. «Andernfalls setzt sich die Behörde dem stetigen Verdacht aus, Gutachter ergebnisorientiert auszuwählen.»

Für den Kanton Basel-Stadt liegen die geforderten Informationen bereits vor, zumindest für das erste Halbjahr 2018. Bei der IV-Stelle waren in diesem Zeitraum 210 psychiatrische Gutachten eingegangen. Ein Viertel davon wurde von nur zwei Ärzten erstellt.

Nur in 24 beziehungsweise 26 Prozent ihrer Fälle konstatierten sie eine Arbeitsunfähigkeit von 40 Prozent oder mehr. Alle anderen Gutachter dagegen kamen im Schnitt bei 57 Prozent ihrer Gutachten auf eine Arbeitsunfähigkeit von 40 Prozent oder mehr. ●

*Namen bekannt

Da den Gerichten das medizinische Fachwissen fehlt, kommt es in der Praxis äusserst selten vor, dass den

IV-Gutachten der Beweiswert abgesprochen wird.» Deecke, neben seiner Tätigkeit als Anwalt auch

SP lanciert zwei Initiativen

Die zweite Initiative verlangt die Durchsetzung der Lohngleichheit. Während das Parlament grössere Unternehmen lediglich zu Lohnanalysen verpflichtete, verlangen die Genossen nun Sanktionen gegen jene Betriebe, die Frauen schlechter bezahlen. **Es sei klar, so Masshardt, «dass ein zahnloses Gesetz zu Lohngleichheit und läppische zwei Wochen Vaterschaftsurlaub der Bevölkerung nicht genügt sind».**

Bevor die Delegierten Ende November die weiteren Schritte beschliessen, sucht die Partei nun Allianzpartner.

Vor zwei Wochen hatte sie insgesamt sechs mögliche Initiativ-Projekte vorgestellt und bis vergangenen Freitag der Öffentlichkeit zur Auswahl gestellt. Rund 2800 Personen nahmen an der Onlinebefragung teil.

Dabei schwangen die Vorlagen zu Lohngleichheit und Elternzeit mit 800 bzw. 752 Stimmen oben aus: **«Die beiden Anliegen haben sich klar als jene erwiesen, die die Bevölkerung am meisten beschäftigen.** Das zeigte der Frauenstreik und hat unsere Umfrage ergeben», sagt Masshardt.

Weitere Vorschläge gelten einem Ausbau der Hilfe für Opfer von Gewalttaten, der Einführung einer 35-Stundenwoche, der Anrechnung von Care-Arbeit in der Altersvorsorge und dem verfassungsmässigen Recht auf «bezahlbare» Krippenplätze.

Das Ergebnis der Umfrage bedeutet aber nicht, dass diese Anliegen nicht weiter verfolgt würden: «Im Gegenteil, wir werden diesen Forderungen auf parlamentarischem Weg Nachdruck verleihen», sagt Masshardt. ●

SIMON MARTI



Sonnenwende beim Freisinn



Ab 2050 soll die Schweiz **keine Treibhausgase mehr ausstossen.** Das hat der Bundesrat am Mittwoch

entschieden. Einer, der dafür einen genauen Plan hat, ist SP-Nationalrat und Fraktionspräsident **Roger Nordmann** (46, Foto). Sein Buch «Sonne für den Klimaschutz» skizziert eine Lösung basierend auf der Sonnenenergie. **Im Bundeshaus findet das Werk jedenfalls Abnehmer:** Gleich zwei freisinnige Mitglieder der Umweltkommission hätten ihm diese Woche ein Exemplar abgekauft, gibt der Waadtländer zu Protokoll. Die Klimawende der FDP eröffnet ihm einen ganz neuen Markt.

Langweilig, aber militant

Die BDP hat mit ihrem Slogan «langweilig, aber gut» Massstäbe im Understatement gesetzt. Nur stimmt das Motto nicht. Im Gegenteil. **Die Mitte-Partei radikalisiert sich zunehmend:** Im Aargau werden Vorwürfe laut, die BDP verdränge Aushänge der Konkurrenz. Und mit einem neuen Sujet fordern die «Langweiligen» sogar dazu auf, Wahlzettel anderer Parteien im Kehricht zu entsorgen. Eskalation, ganz ohne Würmli.

Vor der SBB sind alle gleich



Einst galt die Strecke Zürich-Bern als Paradenstrecke der SBB. **Heute ist man als Kunde froh, wenn der Zug über-**

haupt fährt – und dann nicht vollkommen überfüllt ist. Auch Politiker bleiben vom Problem nicht verschont. Diese Woche hat es SP-Nationalrätin **Jacqueline Badran** (57) getroffen. Auf Twitter publizierte sie das hier abgebildete Foto ihres Leidenswegs. Dazu der Kommentar: «Neben mir stehen noch 4 Personen.» Affaire à suivre.